



Pressemitteilung

Berlin, 26.03.2012
Seite 1 von 2

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de

Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi veröffentlicht Gutachten zur Klimapolitik

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat heute sein neues Gutachten zum Thema „Wege zu einer wirksamen Klimapolitik“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Gutachten beleuchtet die aktuelle Diskussion zur Klimapolitik und beschäftigt sich vor allem mit den Instrumenten zur Bewältigung des globalen Klimawandels. In diesem Zusammenhang werden auch Fragen der Energiepolitik beleuchtet.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler: „Der wissenschaftliche Beirat fordert zu Recht, in der Umwelt- und Klimapolitik zukünftig noch stärker auf marktwirtschaftliche Elemente zu setzen. Sein neues Gutachten enthält die klare Botschaft, dass eine Drosselung des weltweiten Wirtschaftswachstums kein sinnvoller Beitrag zur Klimapolitik ist.“

Bundesminister Rösler begrüßte die klare Haltung des Beirats zur Förderung erneuerbarer Energien. Der wissenschaftliche Beirat plädiert hier für Technologieneutralität und spricht sich dafür aus, die erneuerbaren Energien deutlich stärker in Marktprozesse einzubinden und Preissignale zu nutzen. Dass auf EU-Ebene 27 verschiedene nationale Fördersysteme einen geografisch effizienten Einsatz der erneuerbaren Energien unmöglich machen, sieht der Beirat dabei kritisch.

Bundesminister Rösler stimmte dem Beirat zudem darin zu, dass eine wirksame Klimaschutzpolitik das weltweit koordinierte Handeln aller maßgeblichen Akteure voraussetzt. Skeptisch sieht er jedoch die Herangehensweise des Beirats, zur Senkung der CO₂-Emissionen.

Bundesminister Rösler: „Der Beirat spricht sich für eine internationale Steuer auf CO₂-Emissionen aus. Diesen Vorschlag sehe ich mit erheblicher Skepsis. Das gilt insbesondere dann, wenn eine solche



Seite 2 von 2

Steuer mit einer Importabgabe verbunden würde. Damit wäre das Risiko eines verstärkten Protektionismus verbunden, zum Schaden des internationalen Handels und des Wachstums der Weltwirtschaft.“

Die Bundesregierung setzt bei der Senkung der CO₂-Emissionen, wie die EU, auf ein verbindliches internationales Abkommen mit klaren Minderungsvorgaben und einheitlichen Regeln für alle Länder.